

Theater und Philharmonie Essen: Ehrliche Entscheidungen statt teurer Illusionen

02.07.2026

Die AfD-Ratsfraktion Essen hat zur Ratssitzung am 8. Juli einen Änderungsantrag zur Zukunft der Theater und Philharmonie Essen (TuP) eingebracht.

Hintergrund ist die dramatische finanzielle Entwicklung des Kulturbetriebs. Nach den Berechnungen des Beratungsunternehmens Actori würde der jährliche Zuschussbedarf ohne grundlegende Strukturreformen von derzeit 58,5 Millionen Euro bis 2031 auf nahezu 75 Millionen Euro ansteigen. „Die finanzielle Realität lässt sich nicht länger verdrängen. Die Stadt Essen befindet sich in einer Haushaltskrise. Deshalb müssen auch bei der TuP Entscheidungen getroffen werden, die eine Zukunft des Kulturbetriebs langfristig sichern“, erklärt die AfD-Ratsfraktion Essen. Während Verwaltung und Ratsmehrheit offenbar ein Szenario mit lediglich moderaten Einsparungen favorisieren, das den Zuschussbedarf dennoch auf über 68 Millionen Euro steigen ließe, setzt die AfD auf eine konsequentere Lösung.

Der Änderungsantrag der AfD sieht vor, das von der Unternehmensberatung `Actori´ entwickelte Szenario 3 umzusetzen. Demnach wird es am Grillo-Theater keine Eigenproduktionen mehr geben und das Schauspiel künftig als Gastspieltheater weiter betrieben. Alle anderen TuP-Sparten bleiben im derzeitigen Zustand erhalten. Gleichzeitig sollen die übrigen Optimierungsvorschläge des Gutachtens umgesetzt sowie auf den kostspieligen Neubau einer zusätzlichen Spielstätte verzichtet werden. Ziel ist es, die Theater und Philharmonie Essen auf Grundlage dieses Szenarios neu auszurichten.

Die Ratsfraktion der AfD betont: „Unser Ziel ist nicht die Schwächung der Kultur, sondern ihre dauerhafte Sicherung. Wer die finanziellen Realitäten ignoriert, gefährdet alle fünf Sparten. Lieber jetzt mutige Strukturreformen als in wenigen Jahren ein unkontrollierter Kahlschlag.“ Die AfD verweist darauf, dass das von der Verwaltung bevorzugte Szenario nach Einschätzung der Gutachter den erforderlichen Konsolidierungsbeitrag nicht erreicht und auf optimistischen Annahmen über steigende Besucherzahlen basiert. Aus Sicht der Fraktion bietet Szenario 3 die größte Chance, die dauerhaft wachsende Finanzierungslücke wirksam zu schließen. „Gerade in Zeiten, in denen die Stadt bei Schulen, Straßen und anderen Pflichtaufgaben jeden Euro umdrehen muss, darf es keine Denkverbote geben. Kultur ist wichtig – aber sie muss auch finanziell vertretbar organisiert werden“, so das abschließende Statement.